



BRH - Nachrichten



*Mitteilungen des Bundes der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen im dbb
Landesverband Rheinland-Pfalz Adam-Karrillon-Str. 62 55118 Mainz*

Telefon: 06131/67 63 38 Fax: 06131/67 70 79 E-Mail: banten@rlp-brh.de

Ausgabe 5 / 2012

Juni/Juli/August 2012

Entwicklung in der BRH Bundesorganisation

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

der Bundesvorstand hat sich am 24. und 25. Juni in Fulda in der mittlerweile fünften Sitzung mit der Auflösung des BRH Bundesverbandes beschäftigt. Es wurde nun nach den Sitzungen in Berlin und Kassel zum dritten Mal die Einberufung eines außerordentlichen Bundesvertretertages beschlossen. Ziel des Bundesvertretertages (am 30.09. und 01.10.2012) in Fulda soll es sein, die Auflösung des BRH Bundesverbandes zum 31. März 2013 zu beschließen.

Die von der Bundesvorsitzenden ins Feld geführten Gründe für die Auflösung (Aktiv im Ruhestand Ausgabe 7/8 2012) kann man akzeptieren, aber es dürfen nicht die alleinigen Tatsachen für die Auflösung einer über 60 Jahre alten Organisation sein. Sicher hat die Föderalismusreform einen großen Einschnitt für den Seniorenverband gebracht. Die Entscheidungen über die Bundesbeamten und Pensionäre fallen seit dieser Zeit in Berlin. Für die sechzehn Bundesländer sind deren Landesregierungen, bzw. Senate und die Landesparlamente zuständig. Nicht zu vergessen sind mittlerweile die Rechtsvorschriften der Europäischen Union aus Brüssel, die nur vom Deutschen Beamtenbund und der entsprechenden europäischen Gewerkschaft beeinflusst werden können.

Man sollte auch nicht vergessen, dass der BRH Bundesverband nicht mehr den Erfordernissen der heutigen Zeit entspricht. In den letzten drei Jahren kamen die Bundesvorsitzenden aus Baden-Württemberg und Bayern, die Bundesgeschäftsstelle befand sich in Mainz und „die politische Musik spielte“ bis 2007 nur in Berlin.

Ob die Entscheidung des dbb, eine Seniorenvertretung einzurichten die richtige Entscheidung ist, muss sich in der Praxis beweisen. Tatsache ist, dass auf die Herausforderungen, die die Politik an die Berufsorganisationen stellt, kompetente Antworten erfolgen müssen. Das kann auf der nationalen und europäischen Ebene am besten durch eine große Organisation bewältigt werden.

Aber es muss nach meiner Auffassung auch gewährleistet sein, dass zumindest ein Informationsaustausch auch zwischen den Landesverbänden erfolgen muss. Eine von mir schon öfter vorgeschlagene Arbeitsgemeinschaft der Landesverbände wäre ein Forum, bei dem auch die Probleme der Landes- und Kommunalbeamten besprochen werden könnte.

Als Beispiel für die Notwendigkeit eines solchen Gremiums möchte ich anführen, dass der vorgesehene Haushaltsentwurf der grün-roten Landesregierung von Baden-Württemberg, ähnliche Einsparungsmaßnahmen vorsieht, wie sie im rheinland-pfälzischen Gesetz bereits vorhanden sind.

Nach Auffassung der Bundesvorsitzenden und der meisten Kolleginnen und Kollegen des Bundesvorstandes wird sich bei den Orts- und Kreisverbänden sowie in den Landesverbänden nichts ändern. Diese können weiterhin ihrer gewerkschaftlichen und sozialen Arbeit nachgehen. Vor allem auf der Ebene der Orts- und Kreisverbände sollten weiterhin alle Anstrengungen unternommen werden, Mitglieder zu werben und die vorhandenen Mitglieder weiterhin optimal zu betreuen.

Die Zeitschrift „Aktiv im Ruhestand“, der beste Werbeträger für unsere Organisation, wird weiterhin erscheinen und ab dem 1. Januar 2013 vom Deutschen Beamtenbund übernommen. Wie die einzelnen Landesverbände bei der Gestaltung dieser Zeitschrift beteiligt werden, ist allerdings noch nicht geklärt. Es wäre wünschenswert, dass auch weiterhin die Aktivitäten der Orts- und Kreisverbände bei der Berichterstattung berücksichtigt werden könnten.

Die von mir oben angesprochene zu gründende Seniorenvertretung des Deutschen Beamtenbundes wird durch die Beteiligung aller Verbände ein neues Gewicht erhalten. In einer Zeit, in der die Zahl der älteren Menschen, der Pensionäre und Rentner immer mehr zunimmt, gilt es auch für eine Gewerkschaft, sich der Probleme dieser Menschen anzunehmen. Eine Beschränkung auf ein oder zwei Probleme, so wie es in der Vergangenheit der Fall war, reicht zur Legitimation einer Seniorenvertretung nicht aus.

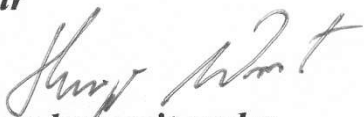
Dass die ältere Generation ein besonderes Gewicht hat, ergibt sich aus den Wahlanalysen der letzten Jahre. Die Senioren sind nicht nur die stärkste Wählergruppe, sondern auch die Gruppe mit dem beständigsten Wahlverhalten. Man sollte den politischen Parteien klarmachen, dass Senioren nicht nur eine Belastung der Haushalte darstellen, sondern auch Wirtschaftsfaktor, Steuerzahler und vor allem auch Wähler sind. Hier ist auch ein Betätigungsfeld für Landes- und Kreisverbände gegeben. Denn auch auf der unteren Ebe-

ne kann man Politiker ansprechen und denen die Meinung der Senioren vortragen.

Ihnen allen wünsche ich eine erfolgreiche und zufriedenstellende Arbeit in Ihren Verbänden.

Mit kollegialen Grüßen

Ihr

A handwritten signature in cursive script, appearing to read "Hans-Wolfgang".

Landesvorsitzender